



Goldau, 20. Juni 2025

GEWICHTIGE VORSTÖSSE DER SP/GRÜNE-FRAKTION

Am kommenden Mittwoch stehen im Kantonsrat wiederum elementare Geschäfte an. Die SP/Grüne-Fraktion kritisieren die Inaktivität und die einseitige Politik für die Reichsten und fordern zum Handeln in diversen Belangen auf.

Jahresbericht 2024: Inaktivität und einseitige Politik für die Reichsten

Den Jahresbericht 2024 lehnt die SP/Grüne-Fraktion ab. «Regierungs- und Kantonsrat weigern sich, bestehende Probleme zu lösen», so SP-Kantonsrat Elias Studer, «bei der Vermögenssteuer beispielsweise nehmen wir weniger ein, als was wir in den NFA bezahlen, aber SP und Grüne sind die einzigen, die etwas dagegen unternehmen wollen.» Unzählige eigentlich vorgesehene Leistungen und Projekte werden gemäss Jahresbericht gar nicht erfüllt oder verschoben sich auch dieses Jahr wieder nach hinten. Gleichzeitig steigt das Nettovermögen des Kantons in den Milliardenbereich. «Das geht für uns nicht auf», so das Stawiko-Mitglied Studer. «Die konservative Mehrheit beschliesst lieber Steuergeschenke für die Reichsten, statt echte Probleme zu lösen. So geht es nicht weiter.»

Massnahmen zur Verkehrsentslastung gefordert

In den letzten dreissig Jahren hat sich die Anzahl der Autos im Kanton Schwyz verdoppelt. Der 100-prozentige Anstieg lässt sich nicht allein mit dem Bevölkerungswachstum erklären. Dieser lag im selben Zeitraum bei knapp 40 Prozent. Damit der Kanton Schwyz nicht immer mehr im Stau versinkt, braucht es diverse Massnahmen. «Mit unserem Postulat fordern wir ein bezahlbares ÖV-Angebot für alle», sagt SP/Grünen-Fraktionspräsident Jonathan Prelicz. «Diese Massnahme ist ein kostengünstiger und praktikabler Schritt, um die Schwyzer Verkehrspolitik in eine positive Richtung zu lenken und wir hoffen, dass die anderen Fraktionen diesen wichtigen Vorstoss mittragen.»

Interpellation Mittelschulen:

Die SP/Grüne-Fraktion würde einen Zusammenschluss des Kollegiums Schwyz und des Theresianums Ingenbohl mehrheitlich begrüssen. Aufgrund der Grösse des Einzugsgebiets sind zwei Mittelschulen im Talkessel nicht gerechtfertigt.

Postulat Digitale Einreichung Steuererklärung:

Die SP/Grüne-Fraktion unterstützt das Postulat «Forcierung der digitalen Einreichung der Steuererklärung natürlicher Personen» der Staats- und Wirtschaftskommission. «Damit wird die Digitalisierung der Verwaltung weiter vorangetrieben, was wiederum zu mehr Effizienz führt», so Bianca Bamert, SP-Kantonsrätin und Mitglied der Staats- und Wirtschaftskommission. Wichtig sei dabei, auch an die Bürgerinnen und Bürger zu denken, die keinen Zugang zu digitalen Medien hätten.

Handlungsbedarf im Sexgewerbe des Kanton Schwyz

Unser Postulat fordert, die aufsuchende HIV-/STI-Prävention im Sexgewerbe (APiS) wieder aufzunehmen. Diese wurde im Kanton Schwyz im Frühling 2021 (vor mehr als vier Jahren!) durch gesundheitschwyz sistiert und der Auftrag dem Kanton zurückgegeben. Die Regierung anerkennt einen gewissen Handlungsbedarf und schreibt, eine

Leistungsvereinbarung sei geplant. Der Bund strebt mit dem nationalen Programm «Stopp HIV, Hepatitis-B, Hepatitis-C-Virus und sexuell übertragene Infektionen (STI) (NAPS)» bis 2030 keine weiteren Übertragungen des HIV- und des Hepatitis-B- und -C-Virus. Aufgrund der derzeitigen Ausgangslage im Kanton Schwyz werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Dies ist inakzeptabel! Jetzt muss etwas passieren. «Dieses Postulat muss mit dem Fokus auf die Gesundheit aller Schwyzerinnen und Schwyzer vom Kantonsrat erheblich erklärt werden. Wir setzen auf die Unterstützung der anderen Fraktionen», lässt sich SP-Kantonsrat Martin Raña (Küssnacht) zitieren.

Präventionsmassnahmen gegen Extremismus im Kanton Schwyz

Der Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP 2023-2027) umfasst insgesamt elf Massnahmen. Mit dieser Interpellation wollten wir wissen, welche davon im Kanton Schwyz bereits umgesetzt worden sind. Aus der regierungsrätlichen Antwort wird klar, dass es vor allem bei der Umsetzung der Massnahme 7 noch knarzt – der Aufbau einer kantonalen Fach- und Anlaufstelle «Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus». Für die Umsetzung der Massnahmen 6, 8, 9, 10 und 11 braucht es die Fachstelle. Der Runde Tisch «Radikalisierung» ist von der Regierung mit der Erarbeitung eines Konzeptes für die Umsetzung der Massnahme 7 beauftragt worden. «In der Antwort stehen keine verbindlichen zeitlichen Angaben. Dies bemängeln wir sehr, da unser aller Sicherheit davon abhängig sein kann», meint SP-Kantonsrat Martin Raña (Küssnacht) dazu.

Niederschwellige Testmöglichkeiten für sexuell übertragbare Krankheiten

Mit dem Postulat fordern die Postulanten der SP/Grünen-Fraktion, dass niederschwellige Testmöglichkeiten für sexuell übertragbare Krankheiten in den Schwyzer Spitälern angeboten werden. «Heute gibt es keine Stelle im Kanton, bei welcher Schwyzerinnen und Schwyzer sich spezifisch und umfassend gegen Geschlechtskrankheiten testen lassen können», sagt David Heinzer, Kantonsrat Grüne (Schwyz). Dies sei sowohl ein gesundheitliches wie auch finanzielles Problem. Frauen können Tests beim Frauenarzt machen. Wer sich aber als Mann testen will, muss das in anderen Kantonen (umständlich) oder beim Hausarzt (nicht spezialisiert, wenig Prävention) erledigen. Die SP/Grüne-Fraktion ist deshalb klar für die Schaffung solcher Fachstellen im Kanton, damit nicht nur Tests, sondern auch Prävention niederschwellig zugänglich gemacht werden.

Was tut der Kanton Schwyz hinsichtlich sexuellen Missbrauchs im digitalen Raum?

Mit der Interpellation «I23/24: Sexueller Missbrauch im digitalen Raum – was tut der Kanton Schwyz?» wollten die Interpellanten um Erstunterzeichner Andreas Imbaumgarten von der Regierung wissen, wie sich die Zahlen zu sexuellen Übergriffen im digitalen Raum entwickelt haben, was die Regierung dagegen tut und mit welchen/wie vielen Ressourcen sie das Thema angeht. Gleich bei sechs der neun Fragen verweist die Regierung auf die Antwort zu einem anderen Vorstoss, welcher sich jedoch ganz klar um die Prävention sexueller Gewalt im analogen Raum dreht. «Die Antwort des Regierungsrats ist ernüchternd und zeigt gleichzeitig, dass die Digitalisierung noch immer zu stiefmütterlich behandelt wird», zeigt sich Andreas Imbaumgarten enttäuscht.

Kontakt

Jonathan Prelicz, Fraktionspräsident, jonathanprelicz@gmail.com, 079 365 46 59